

4. Umsichtige Personalentwicklung und Personalplanung sind ein MUSS für moderne Verwaltung.

Unsere Forderung:

- Vorlage eines Konzepts für das gesamte Landespersonal, das auch Neueinstellungen berücksichtigt und der Überalterung entgegenwirkt

5. Regionen gezielt stärken

Unsere Forderung:

- Abstimmen eines Standortkonzepts für Landesbehörden mit dem derzeit in Bearbeitung befindlichen Landesentwicklungsplan 2012 und ggf. Änderung der Standortentscheidung
- ortsnahe Verwaltungsdienstleistungen

6. Behördenstandorte können nicht ohne nachvollziehbare und vollständige Kostenprognosen festgelegt werden.

Unsere Forderung:

- Berechnung der vollständigen Kosten der neuen Standorte und Kosten-Nutzen-Rechnung einzelner Standorte und ggf. Änderung der Standortentscheidung

7. Eine Kosten-Leistungs-Rechnung muss Grundlage einer staatlichen Immobilienverwaltung sein.

Unsere Forderung:

- Transparente Kosten: Einführung des unternehmerischen Rechnens (Doppik) im Bereich der Immobilienverwaltung des Freistaates

Mehr Infos unter:

<http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/innenpolitik/staatsmodernisierung.html>

Wie weiter?

Das 2012 von CDU und FDP beschlossene Standortgesetz wird erst in den kommenden acht Jahren bis 2020 umgesetzt. Die Kosten für Umzug und Umbau der Behörden werden deshalb erst in den nächsten Jahren in den Haushaltsplänen auftauchen. Die GRÜNE-Fraktion wird die anfallenden Kosten hinterfragen und gegebenenfalls Gesetzesänderungen zur Abkehr von den Standortentscheidungen einbringen. Außerdem haben wir Vorschläge für ein Personalkonzept eingebracht.

Was können Sie tun?

Sachsen braucht keine kostentreibenden Verwaltungsumzüge ohne Sinn. Informieren Sie sich und machen Sie Ihre Anliegen aus Bürgersicht öffentlich. Reden Sie mit Ihren Wahlkreisabgeordneten und legen Sie Ihren Standpunkt dar. Schreiben Sie uns Ihre Meinung zum Standortkonzept und wie sie die Bürgernähe sächsischer Behörden erleben. Wir möchten Sie in die Entscheidungsfindung für eine Staatsmodernisierung einbeziehen.

Kontakt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Eva Jähnigen

innenpolitische Sprecherin
Telefon: 0351 / 493 48 06, Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: eva.jaehnigen@slt.sachsen.de

Dr. Juliane Hundert

parlamentarische Beraterin
Telefon: 0351 / 493 48 33, Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: juliane.hundert@slt.sachsen.de



**Teure Umzüge =
Staatsmodernisierung?**

Teure Umzüge = Staatsmodernisierung?

Liebe Leserin, lieber Leser,

die CDU/FDP-Regierungskoalition sieht ihre sogenannte „Staatsmodernisierung“ als Arbeitsschwerpunkt. 2012 beschlossen CDU und FDP als Kernstück dazu das „Standortegesetz“ im Landtag. Und zwar bewusst ohne Schätzung der entstehenden Kosten - obwohl das Artikel 97 unserer sächsischen Verfassung vorschreibt.

Die Zahl der Amtsgerichte, Finanzämter, Polizeireviere und weiterer Behörden wird stark verringert und an die neuen Kreise angepasst. Die bisher drei Landesdirektionen fusionieren zu einer zentralen Landesdirektion mit Sitz in Chemnitz sowie Außenstellen in Dresden und Leipzig. Weitere Behörden sollen - fachlich unbegründet - in den kommenden Jahren an andere Standorte umziehen: u.a. der Sächsische Rechnungshof von Leipzig nach Döbeln und die Sächsische Aufbaubank von Dresden nach Leipzig. Dabei entstehen zusätzliche Kosten. Dieses Geld brauchen wir in Sachsen dringender für Lehrerinnen und Lehrer sowie Polizistinnen und Polizisten.

Angeblich wollen CDU und FDP Geld sparen, benachteiligte Regionen stärken und die sächsische Verwaltung „zukunftsfähig“ machen. Parallel will die Staatsregierung in der sächsischen Verwaltung ca. 17.000 Stellen streichen. Dabei hat sie bis heute keinen Ansatz für ein kluges und durchfinanziertes Personalkonzept, das aus dem „Lehrerdilemma“ die richtigen Schlüsse zieht.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat das Standortegesetz abgelehnt. Es ist ein schlechter und nicht durchgerechneter Ersatz für eigentlich notwendige Reformen. Wir befürchten, dass unter dem Deckmantel der „Staatsmodernisierung“ Bürgerrechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten nach der Kreis- und Verwaltungsreform noch weiter beschnitten werden. Die Fusion der Mittelbehörden zu einer Landesdirektion in Chemnitz zeigt zudem, dass die Regierung auf noch mehr Zentralisierung setzt.

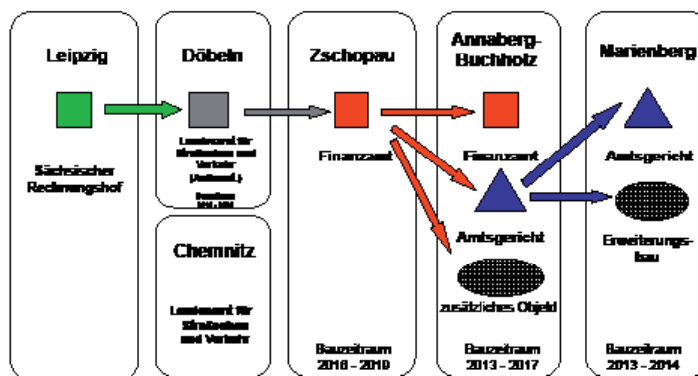
Keine Kosteneinsparungen zu erwarten

Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat nachgefragt. In der Antwort auf unsere Große Anfrage zum Standortkonzept wird deutlich:

- Durch das Standortkonzept selbst sind keine erheblichen Kosteneinsparungen zu erwarten. Im Gegenteil: die Behördenumzüge und Zusammenlegungen kosten mindestens 310 Mio. Euro und diese Kosten sind deutlich zu gering geschätzt.
- Die Staatsregierung hat keine Kosten-Nutzen-Abwägung und Folgekostenbetrachtung für die neuen Standorte vorgenommen. Sie weiß also gar nicht, ob sie wirklich Kosten spart.
- Dem Freistaat Sachsen droht wegen des geplanten Stellenabbaus eine drastische Überalterung der öffentlichen Verwaltung. Konzepte, wie die anfallende Arbeit mit so viel weniger Personal erledigt werden soll, fehlen.

Auf Basis der Antworten haben wir im Landtag Vorschläge für ein Personalkonzept und zur Einsparung von Kosten für die Unterbringung der sächsischen Verwaltung eingereicht. Beides fand Zustimmung in der Öffentlichkeit und von Sachverständigen, wurde aber von CDU und FDP abgelehnt.

Ablaufkette



Quelle: Pressekonferenz der Staatsregierung, 31.5.2011

Staatsmodernisierung - GRÜN gedacht:

1. Ein moderner Staat muss Bürgernähe und Transparenz mit einer effektiven und kostensparenden Verwaltung verbinden!

Unsere Forderungen:

- erweiterte und elektronische Akteneinsicht für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen
- ein umfassendes Informationsrecht für Bürgerinnen und Bürger zu allen Belangen der Verwaltung
- wirksame Vorkehrungen gegen Korruption
- für alle Bürgerinnen und Bürger einfach zu erreichende Verwaltungseinheiten
- Verbesserung des Widerspruchsverfahrens

2. Eine moderne Polizei und transparente Polizeiarbeit gehört zu einem modernen Staat.

Unsere Forderungen:

- Polizeibeamtinnen und -beamte tragen Namensschilder
- Festlegung von Interventionszeiten bei Blaulichteinsätzen – damit sich Bürgerinnen und Bürger im Ernstfall auf ein schnelles Eintreffen vor Ort verlassen können
- eine unabhängige Polizeikommission prüft polizeiliche Maßnahmen und Beschwerden von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern

3. Eine effiziente Verwaltung setzt zuallererst verwaltungsinterne Optimierungsprozesse bei der Aufgabenerfüllung voraus. Denn: Ein Standortkonzept ersetzt 17.000 Bedienstete nicht!

Unsere Forderung:

- Einleitung einer umfassenden Analyse der durch Verwaltung zu erledigenden Aufgaben und das dafür benötigte Personal (Aufgabenkritik) als Grundlage für die Errichtung effizienter Verwaltungsstrukturen